
AUTORENPAPIER VOM 30.8.2018

» MIT STABILER RENTE IM ALTER GUT LEBEN

Von Katrin Göring-Eckardt MdB und Markus Kurth MdB



Die gute Nachricht zuerst: Die gesetzliche Rentenversicherung ist besser als ihr Ruf. Mehr als 125 Jahre alt und immer noch so rüstig und leistungsfähig, dass nur einmal im Laufe ihrer Geschichte die Rente nicht pünktlich gezahlt wurde. Und das war im Mai 1945. Dabei ist die alte Dame höchst flexibel: Sie hat sich auf Veränderungen der Arbeitswelt und neue Berufe wie Softwareentwickler oder Flugzeugpiloten genauso angepasst, wie auf die lebenslange Berufstätigkeit von Frauen.

Damit das auch die nächsten 125 Jahre so bleibt, müssen wir über die Rente reden. Wir alle machen uns heute Gedanken darüber, ob unsere Rente für ein gutes Leben im Alter reichen wird. Wer lange gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll eine anständige Rente bekommen. Da gibt es keine Diskussionen. Aber wer heute nur wenig verdient, bekommt später vielleicht nur eine kleine Rente. Wer, wie besonders viele Frauen, lange Zeit in Teilzeit gearbeitet hat, sammelt nicht genügend Rentenansprüche an. Und die geburtenstarken Jahrgänge erreichen das Rentenalter erst noch.

Die aktuelle Rentendebatte ist überfällig. Sie hat bisher aber noch keine befriedigenden Antworten auf die wirklichen Herausforderungen geliefert, die beispielsweise durch den Renteneintritt der geburtsstarken Jahrgänge und durch die weit auseinanderliegenden Möglichkeiten vieler Menschen, Beiträge zur Rentenkasse zu liefern auf uns zukommen. Die große Koalition erweckt mit ihren Beschlüssen den Eindruck, der aktuelle Boom mit seinem erfreulichen Klingeln in den Sozialkassen würde nie zu Ende gehen. Doch gerade jetzt sind die Weichen zu stellen für eine stabile, nachhaltige Finanzierung der Rentenkasse und die solide Aufstellung der Alterssicherung.

FÜNF PUNKTE FÜR EINE GUTE RENTE

» Mit solider Finanzierung das Rentenniveau langfristig stabilisieren

Das Leistungsniveau der Rente ist in den letzten Jahren erheblich gesunken. Wir müssen und können dieser Entwicklung gegensteuern. Denn die Rentenversicherung ist eine Einkommensversicherung und keine bessere Form der Sozialhilfe. Sie muss also mehr sein, nämlich dauerhaft attraktiv auch für Normalverdienende mit intaktem Berufsleben. Daher wollen wir das gesetzliche Rentenniveau langfristig stabilisieren.

Zwar hat sich die Koalition jetzt zu einer Stabilisierung bis 2025 durchringen können. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bundesregierung ein nachhaltiges Konzept für eine solide Finanzierung der Rentenversicherung fehlt. Wir Grüne schlagen einen Maßnahmenmix vor: Höhere Steuerzuschüsse und moderat höhere Beiträge ab 2030 sind wichtig, aber längst nicht alles. Neben der Einführung der Bürgerversicherung in der Rente wollen wir die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter ausweiten, Migrantinnen und Migranten besser in den Arbeitsmarkt integrieren und älteren Beschäftigten ein gesünderes und längeres Arbeiten ermöglichen. Versicherungsfremde Leistungen wie die Mütterrente müssen in Zukunft vollständig über Steuern finanziert werden.

» Mit der Bürgerversicherung der Solidargemeinschaft den Rücken stärken

Unsere Rentenversicherung soll solidarisch, verlässlich und gerecht sein. Aber Solidarität und Gerechtigkeit leiden, wenn sich ganze Berufsgruppen, zum Beispiel Abgeordnete, viele Selbstständige oder Beamte ihre Alterssicherung auf anderen Wegen organisieren. Eine Rente für alle, ohne

Ungerechtigkeiten, das muss das Ziel sein. Und alle beteiligen sich: Erwerbstätige, Selbstständige, Abgeordnete und Beamte, mit allen ihren Einkommensarten. Das ist die Bürgerversicherung. Sie kann dazu beitragen, den „demographischen Berg“ zu überwinden, der mit bald in Rente gehenden geburtenstarken Jahrgängen auf uns zukommt.

»» **Mit der Garantierente Altersarmut den Kampf ansagen**

Über Altersarmut wird zwar viel geredet, bisher wird aber zu wenig gehandelt. Das Problem ist jetzt da und es wird zunehmen, so wie unstete Erwerbsbiographien, die Zunahme von Niedriglöhnen, Teilzeitbeschäftigungen in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben. Die Vereinbarung zwischen Union und SPD hilft Rentnerinnen und Rentnern, die heute aufstocken müssen, gar nichts. Die Einführung einer steuerfinanzierten Garantierente und die Stabilisierung des Rentenniveaus gehen deshalb Hand in Hand. Wer 30 Versicherungsjahre hat, soll nach heutigem Stand mindestens rund 1000 Euro erhalten. Dafür sollen alle Versicherungszeiten anerkannt werden, also auch Arbeitslosigkeit, Ausbildungszeit, Kindererziehung, Pflege oder Erwerbsminderung.

»» **Mit Gleichstellung die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern schließen**

Frauen heute haben mehr Chancen, mehr Möglichkeiten, bessere Ausgangsbedingungen wie keine Generation vorher. Trotzdem sind sie noch immer schlechter bezahlt, haben es deutlich schwerer Karriere zu machen, arbeiten reduziert oder mit größeren Auszeiten und übernehmen nach wie vor einen Großteil der Arbeit bei der Kindererziehung und im Haushalt. Die Renten von Frauen sind deutlich niedriger und sie sind im Alter häufiger arm. Kein Wunder, denn die Rentenlücke liegt heute bei etwa 40 Prozent. Wer hier vorsorgen will, darf Frauen am Arbeitsmarkt nicht länger benachteiligen. Mit der Kinderzeit Plus und der Pflegezeit Plus machen wir konkrete Vorschläge, wie Frauen und Männer Kinder, Familie, Pflege von Angehörigen und Beruf besser unter einen Hut bringen können.

»» **Mit dem Bürgerfonds fair vorsorgen**

Die zusätzliche Vorsorge müssen wir neu denken, denn die Riester-Rente erfüllt die in sie gesetzten Erwartungen nicht. Ein einfacher Zugang zu betrieblicher und privater Vorsorge muss für alle möglich sein. Gerade Menschen mit geringen Einkommen stehen heute bei der privaten Vorsorge im Regen, deshalb gilt es, die Förderung auf sie zu konzentrieren. Mit der Einführung des Bürgerfonds, öffentlichen verwaltet und dadurch einfach, kostengünstig und zuverlässig kann der eigene Lebensstandard im Alter besser abgesichert werden. Hier können wir von Schweden lernen, wo dank niedriger Verwaltungsgebühr die Sparleistung der Menschen damit fast vollständig in die Altersvorsorge selbst fließt.